

# Merseburger Correspondent.

Gescheit täglich  
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen und Feiertagen) früh 7½ Uhr.  
Telephonanschluß Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,  
1 Mark 20 Pf. durch den Hermiträger,  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 196.

Dienstag den 10. September.

1895.

## Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

\*\* In der Erörterung der Frage, ob ein neues Sozialistengesetz in der Rede des Kaisers vom 2. September angekündigt werden sollte, haben die Freunde einer Ausnahmegeretzgebung als Bundesgenossen auch die bairische Regierung in Anspruch nehmen zu dürfen geglaubt, weil deren offizielle Organ, die „Karlsruher Bzg.“, ein paar Artikel veröffentlicht hat, aus denen man allenfalls herauslesen konnte, daß ihr Verfasser einer Erneuerung des Sozialistengesetzes nicht abgeneigt war. Wie wenig ernst auch ein amtliches Blatt gelegentlich zu nehmen ist, lehrt ein neuer Artikel derselben amtlichen Zeitung, in welchem die Bildung eines großen deutschen Vereins, der die Aufgabe haben soll, eine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie zu sein, in Vorschlag gebracht wird. Von einer solchen Zusammenfassung des Bürgerthums verspricht sich das Blatt eine große sittliche Wirkung. In der Begründung des Vorschlags führt es u. a. folgendes aus: „Wenn es nicht gelungen ist, die Vertreter der bürgerlichen Parteien im deutschen Reichsparlament in der Bekämpfung der Umsturzfürer zu einigen, so sollten die Bürger selbst zeigen, daß sie, unbeschadet der Befolgung ihrer besonderen politischen Anschauungen, gewillt sind, Schulter an Schulter einzustehen für Gesetz und Recht gegenüber sozialdemokratischer Untergrabung der Ordnung. Am 6. dieses Monats haben in Hamburg „2000“ Männer beschlossen, sich zum Schutz gegen den „Mißbrauch der Amtsgewalt“ zu einem Verein zusammenzuschließen; sie wären auch dabei gewesen, wenn es sich um ein anderes, gegen den Staat und die Träger der Ordnung gerichtetes Unternehmen gehandelt hätte. Sie sind eben immer zu haben. Wo bleiben da die Männer der Ordnung? Sollte es nicht möglich sein, daß auch sie sich endlich aufraffen und sich zusammenhelfen, um sozialdemokratische Uebergriffe zurückzuweisen?“ Wie mag sich wohl der Verfasser des Artikels die Durchführung seines Vorschlags vorstellen und welchen Nutzen sich davon versprechen? Wir haben in Deutschland leider mehr Vereine als notwendig, die nichts leisten und nie etwas leisten werden, darunter Vereine mit löblichen Namen und schön ausgefüllten Statuten, die noch nichts zu Stande gebracht haben und nur dazu da zu sein scheinen, daß ihre Vorstandsmitglieder von Zeit zu Zeit ihre Namen gedruckt sehen, wenn eine mehr oder weniger gefälschte Reklamantente in ein paar Zeitungen hineingeschmuggelt wird. Der Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie würde die lange Reihe der Vereine, die nie einen Erfolg erzielen können, nur um einen vermehren. Ein Berliner Blatt, das für den Erlaß eines Sozialistengesetzes schwärmt und auch von der Notwendigkeit zu sprechen pflegt, daß die Bürger, unbeschadet der Befolgung ihrer besonderen politischen Anschauungen, Schulter an Schulter einstehen sollten gegen den Umsturz und die Sozialdemokratie, meint, daß man mit fittlichem Rathes, wie es in Vereinsstatuten Brauch zu sein pflege, der Sozialdemokratie nicht beikommen könne. Das ist sehr richtig; es hat sich aber auch herausgestellt, daß man ihr, mit dem eisernen Griffe der Gesetzgebung, wie sich dasselbe Blatt ausdrückt, nicht bezukommen vermag. Das einzige Mittel, um der Sozialdemokratie den Fuzug durch unzufriedene Elemente abzuschneiden, ist, die Unzufriedenheit selbst zu beseitigen. In dieser Richtung geschieht leider nichts. Und in welche Kreise diese Unzufriedenheit bereits gedrungen ist, konnte man gerade in den letzten Tagen in Berlin recht beobachten. Ein dortiges Blatt flagt darüber, daß in einer sehr bekannten Restauration im Westen der Stadt die Käse der Zeitungsverkäufer, die den „Vorwärts“ mit seiner Antwort auf die Beschlagnahme der beiden Nummern feilboten, ihre Exemplare massenhaft abgekauft hätten, obwohl die Käufer allesamt über jeden Verdacht,

sozialdemokratischen Tendenzen zu huldigen, erhaben gewesen wären. Das ist noch lange nicht das schlimmste Symptom. In den Tagen nach der Rede des Kaisers und nach der Beschlagnahme des „Vorwärts“ konnte man genug Beamte, und zwar nicht etwa Unterbeamte, an öffentlichen Orten, in Restaurationen, Herberghäusern u. s. w. sehen, die den „Vorwärts“ eifrig studirten und dann einem Freunde und Kollegen zum Studium überreichten. Selbstverständlich darf ihnen nicht unterstellt werden, daß sie dem sozialdemokratischen Blatte innerlich zustimmen, aber sie bezeugen doch durch das Interesse, das sie diesen Meinungsäußerungen entgegenbrachten, daß sie diesen eine gewisse Bedeutung beilegen. Noch vor wenigen Jahren wäre so etwas undenkbar gewesen, heute nimmt kaum noch Jemand Anstoß daran. Während derartige Beobachtungen sich aufdrängen, glaubt das amtliche Blatt einer deutschen Landesregierung die Gründung eines Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie antregen zu sollen.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Der Kaiser von Oesterreich empfing am Freitag den ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy und den ungarischen Finanzminister Lufaks in Audienz. Das Verhältnis der ungarischen Regierung zu der österreichischen ist belanlich ziemlich kühl. Unmittelbar stehen die beiden Regierungschefs diesseits und jenseits der Leitsa einander wohl ganz fremd gegenüber; mittelbar jedoch sind sie in der Lage, einander gegenseitig das Leben alle Tage zu verschönern. Zwischen Laafes und dem alten Tisza bestand seinerzeit ein Verhältnis gegenseitiger übelwollender Neutralität, das im großen Ganzen ausreichte. Seither sind die Verhältnisse zusehends schlechter geworden, namentlich seitdem es eine Partei im Wiener Reichsrath giebt, die sich zur Aufgabe stellt, in unsäthiger Weise Ungarn zu beschimpfen. Auf diese Ausfälle hat Fürst Windischgrätz niemals, Graf Klemenssegg ein einziges Mal und zwar recht mäßig und geizig geantwortet. Man ist nun mit Recht gespannt darauf, wie Graf Badeni sich in dieser Hinsicht geben wird. Der Hof, oder wie Beterle als Ministerpräsident einmal im Parlament sagte, das „Hofgefinde“ hat für Ungarn von jeher wenig Zärtlichkeit empfunden; allein da Ungarn Jahrhunderte hindurch ohne Hofstaat und alles was dazu gehört gelebt hat, so ist dabelbst die Empfänglichkeit für höfliche Stimmungen fast ganz ausgefallen. — Das Kabinett Banffy hat eine eigenartige Stellung gegenüber den Siebenbürger Sachen. Dieser kleine deutsche Stamm hat sich mit Energie gegen die Magyarisierungspolitik gewehrt, die seit Koloman Tisza gegenüber den Siebenbürger Sachen befolgt wurde. Nach langen parlamentarischen Kämpfen wurde am dem Sachsentag 1890 eine Art Waffenstillstand geschlossen. Graf Szapary behob die hauptsächlichsten Beschwerden, entließ die reichverlethenden Obergespäne Grafen Gabriel Belfen und Baron Desider Banffy und gewährte das freie Verfügungsrecht über das Vermögen der sächsischen Nationaluniversität und der evangelischen Landeskirche für Siebenbürgen. So fand der Eintritt sämtlicher sächsischen Reichstagsabgeordneten in die Regierungspartei nur vereinzelten Widerspruch. Eine plötzliche Verhärterung erfuhr der Gegensatz aber beim jüngsten Kabinettswechsel. Als neben dem Grafen Khuen-Hedervary auch Baron Desider Banffy auf der Bildfläche der Kabinettsbildung erschien, erklärte die öffentliche Meinung der Siebenbürger Sachen das Verbleiben ihrer Abgeordneten in der Regierungspartei mit Einmüthigkeit für eine moralische Unmöglichkeit, wenn der gefeierte Pascha von Distrik-Nafjob, dessen Entfernung mit ein Preis des Ausgleichs mit dem Grafen Szapary gewesen war, an die Spitze der Regierung berufen werden würde. Als aber das Unerwartete geschah, machten die Abgeord-

neten gute Miene zum bösen Spiel, ließen sich von einigen wenig verbindlichen Versprechungen des neuen Ministerpräsidenten bezüglich des toleranteren Beschlusses des sächsischen Volksprogramms zum Verbleiben in der Regierungspartei bewegen und stimmten, sehr gegen den Wunsch und Willen der Mehrheit ihrer Wähler, für sämtliche kirchenpolitischen Vorlagen. Seitdem ist der Miß zwischen den regierungsfreundlichen „Schwarzen“ und den oppositionellen „Grünen“ ein immer tieferer geworden. Gegenüber Angriffen auf die Kronstädter „Grünen“ waren aus Hermannstadt und dann aus anderen sächsischen Städten Solidaritäts-Erklärungen der Gesinnungsgenossen erfolgt, die eine wachsende Abneigung gegen die von den leitenden Männern und Abgeordneten befolgte opportunistische Politik befanden. Andererseits legt die Regierung auf die regierungsfreundliche Haltung der sächsischen Abgeordneten einen großen Werth, weil ohne sie die parlamentarische Mehrheit nahezu verschwinden würde. — Anlässlich der Landtagswahl in Dalmatien fand im Bezirke Macaraca eine maßlose Agitation seitens der unterlegenen kroatischen radikalen Partei statt, um die gewählten Wahlmänner einzuschüchtern. Es kam zu Exzessen, bei denen eine Person verwundet wurde. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind 80 Mann Infanterie in den Bezirk entsendet.

**England.** Das englische Parlament hat seine kurze Sommertagung beendet; vom ersten Augenblick an hatten die Beratungen erkennen lassen, daß bei der Opposition ebenso gut wie bei der regierenden Mehrheit die Absicht vorherrschte, nur eben das Allerdinglichste zu erörtern und alles Uebrigste auf die im November beginnende Winter Session zu verschieben. Eine Ausnahme machten nur die Iren, welche sich das Vergnügen nicht versagen konnten, mit Obstruktionspolitik die Abredebatte um einige Tage mehr, als röhig war, zu verlängern. In der Hauptstadt galt die diernöthigste Zagung dem unerledigt gebliebenen Theil des Budgets. Dabei wurden über die auswärtige Politik verschiedene wichtige Mittheilungen gemacht und die Stellung der neuen englischen Regierung zu den schwebenden Fragen klar gelegt. In der armenischen Frage ist mit Zustimmung des Parlaments eine scharfe Pressionspolitik in die Worte, wenn auch bisher ohne sonderlichen Erfolg, eingeschlagen worden. Die Okkupation von Schirak wurde von der Opposition zwar schwach bekämpft, fand aber die Billigung des Parlaments. Die Kosten der Befreiung fallen dem indischen Budget zur Last. Die Reform einiger Mißstände in der britischen Armee wurde in Angriff genommen. Der Oberbefehl wurde an Stelle des alten Herzogs von Cambridge dem als Soldaten bewährten Lord Wolseley übertragen. Die Iren machten sich durch lärmende Auftritte in der Kammer bemerkbar. Die Klausel des irischen Landgesetzes vom Jahre 1891, wonach die Wiedereinsetzung der entlassenen Pächter unter gewissen Umständen und unter Zustimmung der Gutsherren zulässig ist, wurde wieder in Kraft gesetzt.

**Spanien.** Aus Havanna wird von den „Central News“ ein neues blutiges Schammittel zwischen den Aufständischen und den Spaniern gemeldet. Die Insurgenten führten Waite am 31. v. M. und ergriffen Besitz von dem Orte, den jedoch die Spanier, welche durch eine Truppe Soldaten unter General Garrido verklärt worden waren, wieder eroberten. Sie vertrieben die Kubaner, welche mit den Rebellen sympathisirten und mangelten Männer, Frauen und Kinder nieder, so daß ein wahres Blutbad entstand.

**Bulgarien.** Die Untersuchung gegen die Mörder Stambulows rückt nicht vom Ziel. Ein neues Argument für die Richtigkeits der bulgarischen Regierung, wenigstens des Ministers Ratschewitsch, wird jetzt von der Wittve Stambulows beigebracht. Sie hat sich einem Interviewer gegenüber dahin ausgesprochen, daß in der jetzigen











# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich  
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.  
Telephonanschluss Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Vorabnahme,  
1 Mark 20 Pf. durch den Herumläufer,  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 196.

Dienstag den 10. September.

1895.

## Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

\*\* In derörterung der Frage, ob ein neues Sozialistengesetz in der Rede des Kaisers vom 2. September angekündigt werden sollte, haben die Freunde einer Ausnahmegesetzgebung als Bundesgenossin auch die badische Regierung in Anspruch nehmen zu dürfen geglaubt, weil deren offizielles Organ, die „Karlsruher Ztg.“, ein paar Artikel veröffentlicht hat, aus denen man allenfalls herauslesen konnte, daß ihr Verfasser einer Erneuerung des Sozialistengesetzes nicht abgeneigt war. Wie wenig ernst auch ein amtliches Blatt gelegentlich zu nehmen ist, lehrt ein neuer Artikel derselben amtlichen Zeitung, in welchem die Bildung eines großen deutschen Vereins, der die Aufgabe haben soll, eine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie zu sein, in Vorschlag gebracht wird. Von einer solchen Zusammenfassung des Bürgerthums verpricht sich das Blatt eine große sittliche Wirkung. In der Begründung des Vorschlags führt es u. a. folgendes aus: „Wenn es nicht gelungen ist, die Vertreter der bürgerlichen Parteien im deutschen Reichsparlament in der Bekämpfung der Umsturzfahrt zu einigen, so sollten die Bürger selbst zeigen, daß sie, unbeschadet der Befolgung ihrer besonderen politischen Anschauungen, gewillt sind, Schulter an Schulter einzustehen für Gesetz und Recht gegenüber sozialdemokratischer Untergrabung der Ordnung. Am 6. dieses Monats haben in Hamburg „2000“ Männer beschlossen, sich zum Schutz gegen den „Mißbrauch der Amtsgewalt“ zu einem Verein zusammenzuschließen; sie wären auch dabei gewesen, wenn es sich um ein anderes, gegen den Staat und die Träger der Ordnung gerichtetes Unternehmen gehandelt hätte. Sie sind eben immer zu haben. Wo bleiben da die Männer der Ordnung? Sollte es nicht möglich sein, daß auch sie sich endlich aufrufen und sich zusammenschließen, um sozialdemokratische Uebergriffe zurückzuweisen?“ Wie mag sich wohl der Verfasser des Artikels die Durchführung seines Vorschlags vorstellen und welchen Nutzen sich davon versprechen? Wir haben in Deutschland leider mehr Vereine als notwendig, die nichts leisten und nie etwas leisten werden, darunter Vereine mit löblichen Namen und schon ausgefüllten Statuten, die noch nichts zu Stande gebracht haben und nur dazu da zu sein scheinen, daß ihre Vorstandsmitglieder von Zeit zu Zeit ihre Namen gedruckt sehen, wenn eine mehr oder weniger gedrehte Reklamentz in ein paar Zeitungen hineingeschmuggelt wird. Der Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie würde die lange Reihe der Vereine, die nie einen Erfolg erzielen können, nur um einen vermehren. Ein Berliner Blatt, das für den Erlaß eines Sozialistengesetzes schwärmt und auch von der Nothwendigkeit zu sprechen pflegt, daß die Bürger, unbeschadet der Befolgung ihrer besonderen politischen Anschauungen, Schulter an Schulter einstehen sollten gegen den Umsturz und die Sozialdemokratie, meint, daß man mit sittlichem Pathos, wie es in Vereinsführungen Brauch zu sein pflegt, der Sozialdemokratie nicht beikommen könne. Das ist sehr richtig; es hat sich aber auch herausgestellt, daß man ihr „mit dem eisernen Griff der Gesetzgebung“, wie sich dasselbe Blatt ausdrückt, nicht bezukommen vermag. Das einzige Mittel, um der Sozialdemokratie den Zugang durch unzufriedene Elemente abzuschneiden, ist, die Unzufriedenheit selbst zu beseitigen. In dieser Richtung geschieht leider nichts. Und in welche Kreise diese Unzufriedenheit bereits gedrungen ist, konnte man gerade in den letzten Tagen in Berlin recht beobachten. Ein dortiges Blatt klagt darüber, daß in einer sehr bekannten Restauration im Westen der Stadt die Wäpfe den Zeitungsvorkäufern, die den „Vorwärts“ mit feiner Antwort auf die Beschlagnahme der beiden Nummern feilboten, ihre Exemplare massenhaft abgekauft hätten, obwohl die Käufer allejammt über jeden Verdacht,

sozialdemokratischen Tendenzen zu huldigen, erhaben gewesen wären. Das ist noch lange nicht das schlimmste Symptom. In den Tagen nach der Rede des Kaisers und nach der Beschlagnahme des „Vorwärts“ konnte man genug Beamte, und zwar nicht etwa Unterbeamte, an öffentlichen Orten, in Restaurationen, Pferdebahnen u. s. w. sehen, die den „Vorwärts“ eifrig flüberten und dann einem Freunde und Kollegen zum Studium überreichten. Selbstverständlich darf ihnen nicht unterstellt werden, daß sie dem sozialdemokratischen Blatte innerlich zustimmen, aber sie bezogen sich doch durch das Interesse, das sie dessen Meinungsäußerungen entgegenbrachten, daß sie diesen eine gewisse Bedeutung beilegen. Noch vor wenigen Jahren wäre so etwas undenkbar gewesen, heute nimmt kaum noch Jemand Anstoß daran. Während derartige Beobachtungen sich andrängen, glaubt das amtliche Blatt einer deutschen Landesregierung die Gründung eines Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anregen zu sollen.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Der Kaiser von Oesterreich empfing am Freitag den ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy und den ungarischen Finanzminister Lufas in Audienz. Das Verhältnis der ungarischen Regierung zu der österreichischen ist bekanntlich ziemlich kühl. Unmittelbar stehen die beiden Regierungschefs diesseits und jenseits der Leitsa einander wohl ganz fremd gegenüber; mittelbar jedoch sind sie in der Lage, einander gegenseitig das Leben alle Tage zu verschönern. Zwischen Lauffe und dem alten Tisza bestand seinerzeit ein Verhältnis gegenseitiger übervollender Neutralität, das im großen Ganzen ausreichte. Früher sind die Verhältnisse zusehends schlechter geworden, namentlich seitdem es eine Partei im Wiener Reichsrath giebt, die sich zur Aufgabe stellt, in unflätiger Weise Ungarn zu beschimpfen. Auf diese Ausfälle hat Fürst Windischgrätz niemals, Graf Kielmansegg ein einziges Mal und zwar recht mäßig und gezwungen geantwortet. Man ist nun mit Recht gespannt darauf, wie Graf Badeni sich in dieser Hinsicht geben wird. Der Hof, oder wie Bekerele als Ministerpräsident einmal im Parlament sagte, das „Vorgefunde“ hat für Ungarn von jeher wenig Zärtlichkeit empfunden; allein da Ungarn Jahrzehnte hindurch ohne Hofstaat und alles was dazu gehört gelebt hat, so ist daselbst die Empfänglichkeit für höfliche Stimmungen fast ganz ausgestorben. — Das Kabinett Banffy hat eine eigenartige Stellung gegenüber den Siebenbürger Sachsen. Dieser kleine deutsche Stamm hat sich mit Energie gegen die Magyarisierungspolitik gewehrt, die seit Koloman Tisza gegenüber den Siebenbürger Sachsen befolgt wurde. Nach langen parlamentarischen Kämpfen wurde auf dem Sachsentag 1890 eine Art Waffenstillstand geschlossen. Graf Szapary behob die hauptsächlichsten Beschwerden, entließ die rechtverlethenden Obergespane Grafen Gabriel Bethlen und Baron Desider Banffy und gewährte das freie Verfügungsrecht über das Vermögen der sächsischen Nationaluniversität und der evangelischen Landeskirche für Siebenbürgen. So fand der Eintritt sämtlicher sächsischen Reichstagsabgeordneten in die Regierungspartei nur vereinzelten Widerspruch. Eine plötzliche Verschärfung erfuhr der Gegenstand aber beim jüngsten Kabinettswechsel. Als neben dem Grafen Khuen-Heberbery auch Baron Desider Banffy auf der Bildfläche der Kabinettsbildung erschien, erklärte die öffentliche Meinung der Siebenbürger Sachsen das Verbleiben ihrer Abgeordneten in der Regierungspartei mit Einmüthigkeit für eine moralische Unmöglichkeit, wenn der gewesene Pascha von Bistritz-Rajbod, dessen Entfernung mit ein Preis des Ausgleichs mit dem Grafen Szapary gewesen war, an die Spitze der Regierung berufen werden würde. Als aber das Unerwartete geschah, machten die Abgeord-

neten gute Miene zum bösen Spiel, ließen sich von einigen wenig verbindlichen Versprechungen des neuen Ministerpräsidenten bezüglich des tolerari posse des sächsischen Volksprogramms zum Verbleiben in der Regierungspartei bewegen und stimmten, sehr gegen den Wunsch und Willen der Mehrheit ihrer Wähler, für sämtliche kirchenpolitischen Vorlagen. Seitdem ist der Riß zwischen den regierungsfreundlichen „Schwarzen“ und den oppositionellen „Grünen“ ein immer tieferer geworden. Gegenüber Angriffen auf die Kronstädter „Grünen“ waren aus Hermannstadt und dann aus anderen sächsischen Städten Solidaritäts-Erklärungen der Gesinnungsgenossen erfolgt, die eine wachsende Abneigung gegen die von den leitenden Männern und Abgeordneten befolgte opportunistische Politik bekundeten. Andererseits legt die Regierung auf die regierungsfreundliche Haltung der sächsischen Abgeordneten einen großen Werth, weil ohne sie die parlamentarische Mehrheit nahezu verschwinden würde. — Anlässlich der Landtagswahlen in Dalmatien fand im Bezirke Macarsca eine maßlose Agitation seitens der unterlegenen kroatijischen radikalen Partei statt, um die gewählten Wahlmänner einzuschüchtern. Es kam zu Exzessen, bei denen eine Person verwundet wurde. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind 80 Mann Infanterie in den Bezirk entsendet.

**England.** Das englische Parlament hat seine kurze Sommertagung beendet; vom ersten Augenblick an hatten die Beratungen erkennen lassen, daß bei der Opposition ebenso gut wie bei der regierenden Mehrheit die Absicht vorherrschte, nur eben das Ueberdringlichste zu erörtern und alles Uebrigste auf die im November beginnende Wintersession zu verschieben. Eine Ausnahme machten nur die Iren, welche sich das Verzögern nicht verlagerten, mit Obstruktionstaktik die Adreßdebatte um

Tagung u. g. e. s. titil ver- und die g zu den nischen ens einem auch worden. von der aber die er Besig- zur Zeit- tischen der Ober- wogs von en Lord ich durch ar. Die re 1891, Bächter stimmung in Kraft von den harnügel Spaniern am 31. v. M. und ergriffen Besitz von dem Orte, den jedoch die Spanier, welche durch eine Truppe Soldaten unter General Garrido verläßt worden waren, wieder eroberten. Sie vertrieben die Kubaner, welche mit den Rebellen sympathisirten und megelten Männer, Frauen und Kinder nieder, so daß ein wahres Blutbad entfiel.

**Bulgarien.** Die Untersuchung gegen die Mörder Stambulows rückt nicht vom Fleck. Ein neues Argument für die Mitschuld der bulgarischen Regierung, wenigstens des Ministers Ratschewitsch, wird jetzt von der Witwe Stambulows beigebracht. Sie hat sich einem Interviewer gegenüber dahin ausgesprochen, daß in der jetzigen

